

AMNESTY
INTERNATIONAL



28. März 2017

ZENTRALAMERIKA: WIE MAN IN FÜNF SCHRITTEN EINE FLÜCHTLINGSKRISE HERVORRUFT – TRUMP STYLE

Von **Madeleine Penman, Mexico Researcher at Amnesty International**
28. März 2017

Die Aussicht auf eine der berüchtigtsten Grenzen der Welt, ungefähr 1.000 Kilometer eines löchrigen Metallzauns, der Leben, Hoffnungen und Träume zwischen den USA und Mexiko trennt, ist ohne Zweifel überwältigend, aber nicht in der Art, wie wir es erwartet haben.

Obwohl dieser Landstrich, der die USA und Mexiko trennt, eines der meistbesprochenen Themen seit dem letztjährigen amerikanischen Wahlkampf war, ist es um die Debatte jetzt unheimlich still geworden.

Der Ansturm von Männern, Frauen und Kinder, den Präsident Trump vorausgesagt hat, ist nirgends zu sehen. Niemand arbeitet an der „großen mächtigen Mauer“, die Trump versprochen hatte, über eine Länge von mehr als 3.000 Kilometer an der Grenze zu errichten. Die 5.000 zusätzlichen Grenzwächter, die die Sicherheit in der Gegend erhöhen sollten, müssen erst noch eingestellt werden.

Was wir jedoch in letzter Zeit an der Grenze beobachten, ist eine wachsende Verunsicherung und eine große Angst. Viele Befürworter beschreiben es als „die Ruhe vor dem Sturm“. Dies ist keine neue Situation, die Dinge haben sich in der Gegend aufgeschaukelt und es ist sehr wahrscheinlich, dass es noch viel schlimmer werden wird.

„Dies ist keine neue Situation, die Dinge haben sich in der Gegend aufgeschaukelt und es ist sehr wahrscheinlich, dass es noch viel schlimmer wird.“

Denn obwohl die Versprechen von Präsident Trump noch nicht völlig eingelöst wurden, wurde die Maschine in Bewegung gesetzt. Diese stützt sich auf viele Jahre von schlechter Politik und Praktiken an der Grenze. Die potentiellen Auswirkungen der gerade neu beschlossenen Grenzkontrollmaßnahmen auf das Leben von tausenden Menschen, die in der Angst leben, in extreme Gewalt zurückgeschickt zu werden, werden langsam sichtbar.

AMNESTY
INTERNATIONAL





So facht die Trump Administration an, was im schlimmsten Fall eine ausgewachsene Flüchtlingskrise werden kann:

1. Hass und Angst prägen den Diskurs

Seit dem Beginn seines Wahlkampfes hat Donald Trump MigrantInnen und Asylsuchende, und insbesondere Menschen aus Mexiko und Zentralamerika, immer wieder als „Kriminelle und Vergewaltiger“ bezeichnet.

Er hat nie die Not von tausenden Frauen, Kindern und Männern anerkannt, die in „kriegsähnlichen“ Situationen in einigen der gefährlichsten Länder der Welt, insbesondere in El Salvador und Honduras, leben und die dazu gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, wenn sie weiterleben wollen.

Er hat nie die Not von tausenden Frauen, Kinder und Männer anerkannt, die in „kriegsähnlichen“ Situationen in einigen der gefährlichsten Länder der Welt, insbesondere in El Salvador und Honduras, leben und die dazu gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, wenn sie weiterleben wollen.

2. Befehle werden erlassen, ohne eine Anweisung, wie sie anzuwenden sind

Im ersten Entwurf der Verfügung des Präsidenten Trump während seiner ersten Amtstage strebte die Administration an, die Grenze für ImmigrantInnen, inklusive der Asylsuchenden zu schließen, die auf der Suche nach einem sicheren Hafen in den USA sind.

Die Executive Order 13769 ([Border Security and Immigration Enforcement Improvements Executive Order](#)) vom 25. Januar hat das Ziel, dass die Festnahme und Ausweisung von MigrantInnen und Asylsuchenden so schnell wie möglich durchgeführt werden kann. Sie ignoriert vollkommen die Tatsache, dass sich manche dieser Menschen in Lebensgefahr befinden, wenn sie zurück in ihre Heimatländer geschickt werden.



Es scheint außerdem so, als würden Grenzbehörden im Dunkeln darüber gelassen, wie sie das Dekret durchsetzen sollen. Wir reisten nach Arizona nur zwei Tage, nachdem das Ministerium für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten am 20. Februar Informationen dazu ausgegeben hatte, wie Trumps Dekret umgesetzt werden sollte. Uns wurde erzählt, dass mindestens einer der höchsten Mitglieder der Grenzkontrollen die Nachricht zur selben Zeit erhalten hatte wie die Presse und dass dieser genauso wenig wusste, wie er es umzusetzen hatte.



3. Menschen werden abgewiesen, ohne sie zu befragen

Jedes Jahr überqueren hunderttausende Menschen aus Zentralamerika und anderen Ländern der Welt die Landgrenze zwischen Mexiko und den USA, um sich dort ein sichereres, besseres Leben aufzubauen. Genauso wie die MexikanInnen sind viele auf der Suche nach Schutz, weil sie vor extremer Gewalt in ihren Heimatländern (inklusive El Salvador und Honduras) fliehen.

Aber wir haben verschiedene Berichte und Beweise darüber erhalten, dass US Einreise- und Grenzbehörden Asylsuchenden immer wieder den Grenzübertritt verwehren anstatt sie in die USA einreisen und Asyl suchen zu lassen, um damit ihr Leben zu retten.

Von San Diego, Kalifornien, bis McAllen, Texas, haben wir erfahren, dass es - schon bevor Trump die Szene betrat - schon seit dem Jahr 2015 bekannt war, dass Grenzbeamte das Gesetz in ihre eigenen Hände nahmen, um Asylsuchende abzuweisen, indem sie ihnen sagten, dass sie nicht einreisen durften. Das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch gegen internationale gesetzliche Richtlinien, denen sich die USA verpflichtet hat und dem US-Gesetz selbst, das das Recht und Verfahren für Asyl vorsieht.

Eine Menschenrechtsverteidigerin auf der mexikanischen Seite der Grenze zu Arizona erzählte uns, wie ein Grenzbeamter sie verhöhnte, weil sie Menschen aus Zentralamerika zur Grenze begleitete, um sicherzustellen, dass ihre Rechte nicht verletzt wurden. „Wie fühlst Du Dich? Schämst Du Dich nicht, dass Du „Terroristen“ hilfst?“ wurde sie gefragt.



4. Kriminelle Gruppen, die Asylsuchende terrorisieren, werden ignoriert

Ohne Papiere in die USA einzureisen bedeutet sein Leben zu riskieren, weil es Menschen verletzbarer gegenüber Banden und Drogenkartellen macht, die die Grenzregionen kontrollieren und von Menschen in verzweifelten Situationen profitieren.

Wir haben viele Berichte darüber erhalten, dass Menschenschmuggler ihre Preise seit der Wahl von Trump drastisch erhöht haben. Der US Sekretär des Innenministeriums, John Kelly, hat neulich bekanntgegeben, dass der Preis, den Menschenschmuggler verlangen, seit November 2016 in manchen Gebieten der südwestlichen Grenze der USA von 3.500 Dollar auf 8.000 Dollar gestiegen ist.

Was Kelly dabei jedoch vergisst ist, dass dies das Leben der Menschen weiterer Gefahr aussetzt. Die Menschen werden trotz Trumps Grenzkontrollmaßnahmen nicht aufhören, aus ihren Heimatländern in den Norden zu fliehen, um dort Schutz zu suchen. Kriminelle Gruppen werden eher mehr Macht gewinnen, wenn die Mauer einmal gebaut ist, indem sie von verletzlichen Personen ein Vermögen verlangen, um ihre Heimatländer zu verlassen und sich auf den Weg in die USA zu machen.



5. Verantwortung wird ausgelagert

Verschiedene Fragen verbleiben. Diese richten sich vor allem an die Pläne der USA, die südliche Grenze weiter militärisch aufzustocken und Asylsuchenden den Zutritt zu verweigern. Eine der größten Fragen betrifft Mexikos Rolle in dieser Rechnung.

In den letzten Wochen hat Mexikos Außenminister Luis Videgaray bekannt gegeben, dass Mexiko AusländerInnen, die auf Grund des Dekrets vom 25. Januar aus den USA ausgewiesen werden, nicht aufnehmen wird. Jedoch wusste niemand, mit dem wir an der Grenze gesprochen haben, wie dies in der Praxis aussehen solle. Wird Mexiko Razzien entlang seiner Grenzen durchführen? Wird es mehr Abschiebungen durchführen? Oder wird Mexikos Weigerung, MigrantInnen aufzunehmen, dazu führen, dass noch mehr Menschen in Abschiebehäft in den USA sitzen werden? Oder wird es ad hoc Flüchtlingscamps auf der mexikanischen Seite der Grenze geben, in denen Menschen auf ihr



Asylverfahren vor US Einwanderungsgerichten warten? Bereits akut gefährdete Menschen wären weiterem Schaden und Menschenrechtsverletzungen der kriminellen Gruppen ausgesetzt.

Amnesty International sprach mit vier mexikanischen Regierungsbeamten, die in Grenzstädten stationiert sind, und es war offensichtlich, dass unter ihnen Verwirrung herrschte. „Wir arbeiten normal weiter wie bisher“, sagte uns ein Beamter in Tamaulipas. „Ich denke nicht, dass wir einen Plan haben, wie wir mit denen umgehen, die abgewiesen werden“, sagte ein anderer Beamter in Chihuahua.

In diesem Klima von Unsicherheit und Angst sind Migranten und Asylsuchende anfälliger für Nötigung und Verletzungen ihrer Rechte auf einen fairen Prozess. In der Angst vor einer US Regierung, die MigrantInnen und Asylsuchende schnell festnimmt und abschiebt, und in der Unsicherheit über ihre Situation, während sie noch in Mexiko sind, wird die Verzweiflung der Menschen und der Missbrauch, den sie erleiden müssen, sicher größer werden.

Dieser Artikel erschien zuerst in [IPS News](#).

Unverbindliche Übersetzung:

EI-Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original: How to stir up a refugee crisis in five steps, Trump style

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/03/how-to-stir-up-a-refugee-crisis-in-five-steps-trump-style/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

